

URGENT ACTION

18 TOTE BEI PROTESTEN

PERU

UA-Nr: **UA-105/2022-1** AI-Index: **AMR 46/6346/2023** Datum: **11. Januar 2023** – jh

BEVÖLKERUNG VON PERU

Am 9. Januar wurden bei Protesten in Juliaca in der Region Puno 18 Menschen getötet. In vielen Regionen des Landes halten Proteste und Gewalt an, seitdem der ehemalige Präsident Pedro Castillo am 7. Dezember die Auflösung des Nationalkongresses angekündigt hatte und daraufhin festgenommen wurde. Sowohl die Nationalpolizei als auch das Militär wenden unverhältnismäßige Gewalt gegen die Protestierenden an. Seit dem 7. Dezember sind dabei mindestens 40 Personen ums Leben gekommen. Amnesty International fordert Präsidentin Dina Boluarte auf, die unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt durch die Sicherheitskräfte unverzüglich zu beenden.

Am 9. Januar 2023 wurden bei Protesten in der Stadt Juliaca in der Region Puno 18 Menschen getötet. Viele weitere wurden allein an diesem Tag verletzt.

Seit Beginn der Proteste berichten offizielle Quellen von mindestens 40 Getöteten in den Regionen Puno, Ayacucho, Apurímac, Cusco, Junín, La Libertad und Arequipa. Die meisten Betroffenen stammen aus dem ländlichen Raum und gehören zu den historisch marginalisierten Gemeinschaften Perus.

Die Regierung setzt überall im Land sowohl die Nationalpolizei als auch das Militär gegen diejenigen ein, die ihre Unzufriedenheit mit der Krise zum Ausdruck bringen. Dabei kommt es vermehrt zur Anwendung unverhältnismäßiger Gewalt gegenüber Protestierenden.

Internationale Menschenrechtsnormen schreiben bezüglich der Anwendung von Gewalt vor, dass diese nur gegen Protestierende eingesetzt werden darf, wenn sie als unbedingt notwendig und legitim erachtet und in einem verhältnismäßigen Rahmen angewandt wird. Darüber hinaus gilt die Rechenschaftspflicht.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Peru befindet sich schon seit Jahren in einer anhaltenden politischen Krise. Die Situation eskalierte als der ehemalige Präsident Pedro Castillo am 7. Dezember 2022 die Auflösung des Nationalkongresses ankündigte.

Sowohl das Verfassungsgericht als auch der Kongress lehnten diese Entscheidung ab und Pedro Castillo wurde noch am selben Tag festgenommen. Die damalige Vizepräsidentin Dina Boluarte wurde rasch als neue Präsidentin vereidigt, und die peruanischen Behörden erkannten sie offiziell als Präsidentin an.

Doch seitdem kommt es landesweit zu massiven Protesten, die von der peruanischen Nationalpolizei und dem Militär unterdrückt werden. Zu Beginn der Proteste wurden Dutzende Menschen verletzt und mindestens zwei Personen getötet. Darüber hinaus berichteten lokale Journalist*innen von Übergriffen durch die Nationalpolizei und von Versuchen, ihnen ihre Arbeitsausrüstung wegzunehmen.

Bis zum 16. Dezember wurden 17 Menschen bei den Protesten getötet. Zwei Tage zuvor hatte die Regierung angesichts der anhaltenden politischen Krise den Ausnahmezustand erklärt.

Über die Weihnachtsferien verebbten die Proteste kurzzeitig, doch bereits zu Beginn des neuen Jahres gingen erneut Tausende von Menschen auf die Straße. Die Unterdrückungsversuche von Seiten des Staates nehmen zu.

Am 9. Januar starben bei den Protesten in der Stadt Juliaca mindestens 18 Menschen. Dutzende weitere wurden verletzt.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC : BFSWDE33XXX . IBAN : DE23370205000008090100

AMNESTY
INTERNATIONAL



Amnesty International ist besorgt über die unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt gegen Protestierende und setzt sich dafür ein, dass Betroffene Zugang zu Justiz und Rechtsmitteln erhalten. Am 12. Dezember hat Amnesty International in einer Pressemitteilung den Tod zweier Personen verurteilt. Am darauffolgenden Tag wurde eine Urgent Action veröffentlicht, die ein unmittelbares Ende der Gewalt gegen Protestierende forderte. Am 16. Dezember hat Amnesty International in einer zweiten Pressemitteilung Rechenschaft für den Tod weiterer 17 Personen gefordert. Am 10. Januar wurde schließlich angesichts der Vorfälle in Juliaca eine dritte Pressemitteilung herausgegeben.

Amnesty International erinnert die Behörden daran, dass ein Protest seinen friedlichen Charakter nicht durch Einzelaktionen oder rechtswidriges Verhalten einzelner Demonstrierender verliert. Daher müssen die Menschenrechte derjenigen, die an überwiegend friedlichen Demonstrationen teilnehmen, geachtet, gewährleistet und geschützt werden. Die staatlichen Sicherheitskräfte sollten der friedlichen Lösung der Situation Vorrang einräumen und Gewalt vermeiden, die gegen internationale Standards verstößt.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE UND LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie auf, den Dialog zu suchen und alle gewalttätigen Handlungen der nationalen Sicherheitskräfte sofort zu unterbinden. Bitte sorgen Sie dafür, dass jegliche übermäßige Gewaltanwendung gegen Demonstrierende beendet wird. Setzen Sie bitte alle verfügbaren Mittel ein, um das Leben der Verletzten zu schützen und den Familien der Getöteten die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. Gewährleisten Sie in Zusammenarbeit mit den Behörden, dass alle Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der aktuellen Krise sofort gründlich, unabhängig und unparteiisch untersucht werden.

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob die Briefzustellung nach Peru wieder ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN PRÄSIDENTIN

Dina Ercilia Boluarte Zegarra
Jr. De la Unión S/N
Cuadra uno Lima, Lima 15001, PERU
E-Mail: dboluarte@presidencia.gob.pe
(Anrede: Dear Madam President Dina Boluarte /
Sehr geehrte Frau Präsidentin)

KOPIEN AN BOTSCHAFT DER REPUBLIK PERU

S. E. Herrn Elmer José German Gonzalo Schialer
Salcedo
Taubenstraße 20, 10117 Berlin
Fax: 030-20 64 10 77
E-Mail: info@embaperu.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **7. März 2023** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you to seek dialogue and immediately put an end to all forms of unlawful force by the security forces, including effectively putting an end to any excessive use of force against demonstrators. I also urge you to use all available resources to safeguard the life and integrity of all injured persons, providing the necessary support to the families of the deceased and collaborate with authorities investigating all allegations of human rights violations in the context of the current crisis promptly, thoroughly, independently, and impartially.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

